

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



Dagmar Enkelmann - Wolfgang Neskovic - Kirsten Tackmann - Lothar Bisky - Diana Golze

Der veränderte Kinderzuschlag – eine Mogelpackung gegen Kinderarmut von Diana Golze



Die Bundesregierung hat in dieser Woche ihren veränderten Gesetzentwurf zum Kinderzuschlag gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen durch die Koalitionsfractionen bestätigen lassen.

Die neuen Regelungen, die ab dem 01. Oktober in Kraft treten, sollen das ursprüngliche Ziel des Kinderzuschlags, Familien mit geringem Einkommen vor dem Arbeitslosengeld II-Bezug zu bewahren, leichter erreichbar machen - sprich die Zahl der Kinder, die der Kinderzuschlag erreicht, soll erhöht werden. Dazu hat die Bundesregierung einige positive Verbesserungen vorgenommen - bleibt aber alles in allem hinter dem selbsternannten Ziel aus dem Koalitionsvertrag zurück, die „materielle Kinder-

armut“ zu „reduzieren“. Denn obwohl den Koalitionsfractionen und der Bundesregierung seit langem bekannt sein dürfte, dass die Höhe des Kinderzuschlags mit 140 € viel zu gering ist, wird durch die Änderungen weder an der Höhe noch an der fehlenden Differenzierung für einzelne Altersgruppen etwas verbessert. Und auch wenn die Mindesteinkommengrenzen herabgesenkt wurden und die klar definierte Höhe von 600 € für Alleinerziehende und 900 € für Elternpaare etwas mehr Transparenz in die undurchsichtige Berechnungsformel bringen dürfte, gibt es doch wieder klare VerliererInnen. Bereits der bisherige Kinderzuschlag kam nur sehr wenigen Kindern von Alleinerziehenden zu Gute. Gerade 7% aller Bewilligungen fielen auf Alleinerziehendenhaushalte – und dies obwohl genau diese stetig anwachsende Gruppe gleichzeitig das höchste Armutsrisiko hat.

DIE LINKE sagt: Wer Alleinerziehende ernsthaft vor die Wahl zwischen Kinderzuschlag und Mehrbedarf stellt, hat die Notwendigkeit des Mehrbedarfes im Alg II- Bezug nicht begriffen! Genau mit dieser Mogelpackung

Themen dieser Ausgabe:

Keine Internet-Zugangssperren wegen Urheberrechtsverstößen Lothar Bisky	2
---	---

Die Richterwahl darf nicht länger im Hinterzimmer entschieden werden Wolfgang Neskovic	3
--	---

Guten Morgen, SPD, endlich aufgewacht? Dagmar Enkelmann	4
---	---

Gewalt gegen Frauen: Eigenlob der Regierungskoalition für ihre halbherzigen Versprechungen Kirsten Tackmann	4
---	---

Anträge + Initiativen der LINKEN dieser Sitzungswoche	5
--	---

Pressemitteilungen u. Reden der MdB's	7
--	---

Sommertour 2008 DIE LINKE	8
----------------------------------	---

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

aber versuchen CDU/CSU und SPD von der Situation der Alleinerziehenden abzulenken.

In dem Antrag der Fraktion DIE LINKE (DRS. 16/9746) werden die Forderungen benannt, die den Kinderzuschlag zu einem effektiven Mittel gegen Kinderarmut machen würden:

Die Erhöhung des Kinderzuschlags, das Wegfallen der Min-

desteinkommengrenze als Zugangsvoraussetzung und der Höchsteinkommengrenze als obere Berechnungsgrenze sowie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes als armutsbekämpfendes Instrument.

Für die Alleinerziehenden fordert die Fraktion, dass die Mehrbedarfzuschläge für diese Gruppe nicht im Anrechnungsverfahren berücksichtigt werden

dürfen sondern zusätzlich gewährt werden.

Nur wenn der Kinderzuschlag in diese Richtung verändert werden würde, könnte er zu einem wirksamen Mittel gegen Kinderarmut in der Bundesrepublik werden.

Keine Internet-Zugangssperren wegen Urheberrechtsverstößen

von Lothar Bisky



Das französische Kabinett hat am 18. Juni 2008 ein Gesetz zur Sperrung von Internetzugängen bei Urheberrechtsverstößen auf den Weg gebracht. Demnach soll Bürgerinnen und Bürgern, die unlizenziert Kopien digitaler Medien aus dem Internet herunterladen, künftig nach drei Verstößen der Zugang zum Internet für die Dauer von drei Monaten bis zu einem Jahr gesperrt werden. Dem Gesetzentwurf zufolge soll eine Behörde eingerichtet werden, an die sich Musik- oder Filmverlage und andere Urheberrechtsinhaber wenden kön-

nen, wenn sie Hinweise auf illegale Kopien haben. Diese soll dann eine Abmahnung an vermeintliche Urheberrechtsverletzer verschicken und gegebenenfalls die Sperrung von Zugängen anordnen.

Forderungen nach Internet-Zugangssperren werden inzwischen auch in Deutschland gefordert. Sie basieren auf den Interessen von Industrie und Lobbyverbänden und sind nicht nur völlig überzogen, und rechtspolitisch maßlos, sondern zeugen zugleich auch von wenig Verständnis für die Belange der

digitalen Welt, der Bedeutung der Meinungsfreiheit und des praktischen Umgangs der Nutzerinnen und Nutzer mit dem Thema. Technische Maßnahmen wie Zugangssperren, Filter oder Software-basierte Begrenzungen lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab.

Das Strafrecht ist immer nur ultima Ratio. Massive Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften – insbesondere bei Urheberrechtsverletzungen im großen Stil bzw. gewerblichen Umfang – müssen im Einzelfall sanktioniert werden können. Allerdings darf es niemals eine Sanktion geben, die aufgrund von Bagatelldelikten eine Internetsperrung zur Folge hat. Der Zugang zum Netz entscheidet über die digitale Freiheit des Individuums. Daher darf es keine staatliche Sanktion geben, die dem Einzelnen das Recht auf Zugang zu Informationen und die Ausübung von Meinungsfreiheit im Netz erschwert oder verbietet.

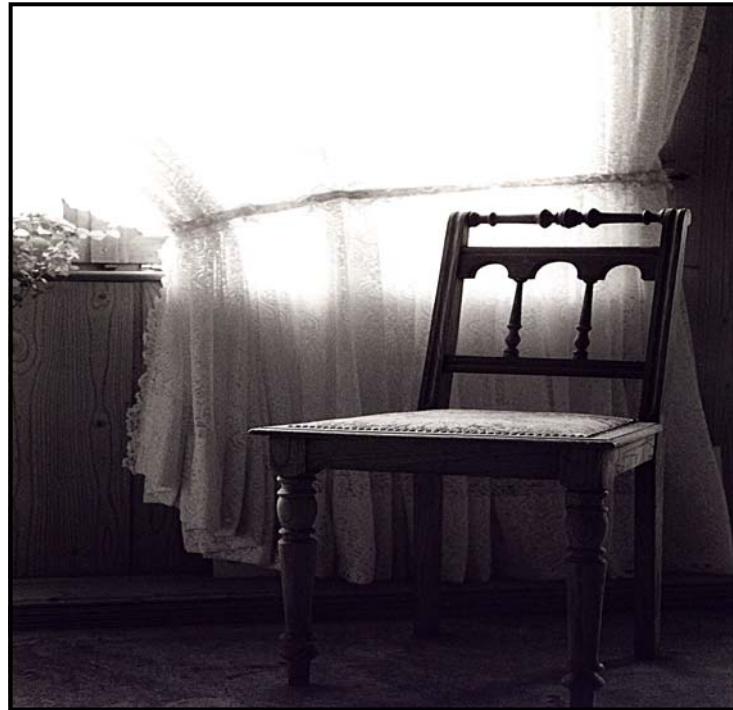
**Die Richterwahl darf nicht länger im Hinterzimmer
 entschieden werden**
 von Wolfgang Neskovic

Die Wahl eines Richters am Obersten Gerichtshof ersetzt 20 Jahre Kongressarbeit." Dieses Motto prägte Ronald Reagan während seiner Zeit als Präsident der Vereinigten Staaten. Ein Motto, das zumindest erahnen lässt, was für eine immense Bedeutung Richterwahlen haben.

Wenn man dann noch bedenkt, dass in Deutschland das Bundesverfassungsgericht jede Entscheidung des Gesetzgebers und sämtlicher Gerichte korrigieren, neue Grundrechte finden und soziale Ungerechtigkeiten bekämpfen kann, dann wird deutlich, über welche Macht die 16 Richter in Karlsruhe tatsächlich verfügen.

Im deutlichen Missverhältnis dazu steht das Verfahren, in dem die Juristen dazu auserkoren werden. Denn dieser Vorgang ist alles andere als transparent. Eine öffentliche Anhörung der Kandidaten, wie sie in den USA praktiziert wird, findet nicht statt. Die Öffentlichkeit kann sich keinen Eindruck von den Bewerbern verschaffen und so werden nicht selten die Richterposten von den Regierungsparteien im Hinterzimmer ausgekugelt.

Hinzu kommt, dass die Kandidaten auch noch allein von



eben diesen Regierungsparteien bestimmt werden. So sind zu Zeiten der Großen Koalition die kleineren Parteien bei der Wahl ausgeschlossen – mit dem Resultat, dass die gewählten Richter nur einen bestimmten Teil des Meinungsspektrums der Wählerinnen und Wähler repräsentieren. Eine demokratische Legitimierung des Bundesverfassungsgerichtes aber muss die Vielfalt der Bevölkerung berücksichtigen. Also muss sich diese Vielfalt auch bei der Besetzung des Gerichtes wieder finden.

Genau dies ist aber nicht der Fall: In den Senaten sitzen nur

zwei Frauen und 18 Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer niemand mit einer ostdeutschen Biographie.

Deswegen ist es höchste Zeit für eine Reform des Richterwahlrechts, wie sie DIE LINKE bereits mehrfach gefordert hat. Nunmehr haben auch die Grünen diesen Reformbedarf erkannt und einen entsprechenden Gesetzentwurf im Bundestag vorgelegt, den wir ausdrücklich begrüßen. So kann es vielleicht gelingen, dass es demnächst auch in Karlsruhe eine Frau aus den neuen Bundesländern zu höchsten Ehren bringt.

Guten Morgen, SPD, endlich aufgewacht?

von Dagmar Enkelmann



In Sachen Altersteilzeit vollführt die SPD gerade öffentlich eine Rolle rückwärts. Noch 2000 bzw. 2003 hat die rot-grüne Bundesregierung den Zugang zur Altersteilzeit deutlich beschränkt und das Ende der Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit eingeläutet.

Mit ihrer Forderung nach einer Rente ab 67 verbanden Sozialdemokraten die Abschaffung

der "Anreize für eine Frühverrentung", stellten bei der Altersteilzeit einen erheblichen "Missbrauch" fest und kündigten Beschäftigungsprogramme für Ältere an.

Die anhaltenden Proteste der Gewerkschaften und der Druck der LINKEN haben sie nun eines Besseren belehrt. Nach wie vor haben viel zu viele ältere Beschäftigte keine Chance auf dem Arbeitsmarkt - im Gegenteil: Ihr Anteil am Niedriglohnsektor, bei befristeter Beschäftigung und in Leiharbeit steigt. Damit wächst auch die Zahl derjenigen älteren Bürgerinnen und Bürger, die auf Leistungen nach Hartz IV angewiesen sind.

Diese Entwicklung beobachtet DIE LINKE seit langem mit Sorge. Deshalb stellte sie im Bun-

destag den Antrag (Drs. 16/9067), die Regelungen zur Altersteilzeit fortzusetzen. Noch im Ausschuss hatten alle anderen Fraktionen das Ansinnen abgelehnt.

Inzwischen gab es aber Äußerungen aus diesen Reihen, die einen Sinneswandel vermuten ließen. Das Ergebnis der Abstimmung im Plenum am Donnerstag war jedoch erneut ernüchternd: Nur die LINKE ist dafür, die geförderte Altersteilzeit konsequent fortzusetzen, alle anderen Fraktionen lehnten dies ab. Nicht zu Unrecht warf der FDP-Kollege Kolb der SPD einen "rhetorischen Eieranzug" vor. Auf das Aufwachen zumindest der SPD müssen wir offenbar noch warten.

Gewalt gegen Frauen: Eigenlob der Regierungskoalition für ihre halbherzigen Versprechungen

von Kirsten Tackmann

In den Abendstunden des 26.06.08 wurden im Bundestag die Themen weibliche Genitalverstümmelung und häusliche Gewalt in einem einzigen Tagesordnungspunkt debattiert - gerade 30 Minuten Zeit standen insgesamt zur Verfügung. Es ist einfach unfassbar, dass zwei Themenfelder, die der besonderen Aufmerksamkeit der Politik bedürfen, so sträflich kurz behandelt wurden. Statt über die finanzielle und personelle Notlage vieler Zufluchtsstätten und Beratungsstellen nachzudenken und darüber, wie sie allen Frau-

en unabhängig von ihrer sozialen Lebenssituation zugänglich gemacht werden können, lobt die Koalition das eigene Handeln.

Dabei sind bei beiden Themen viele Fragen offen, die dringend eine gesetzliche Regelung erfordern. Die Finanzierung von Frauenhäusern ist beispielsweise weiterhin unklar und nicht bundeseinheitlich sichergestellt. DIE LINKE hat dazu einen Antrag eingebracht und eine Anhörung des zuständigen Fachausschusses im Herbst erwirkt. Beim Thema Genitalverstümmelung blen-

den alle Fraktionen außer der LINKEN die Notwendigkeit einer gezielten Berücksichtigung des Themas Genitalverstümmelung im Asylverfahren von Frauen und Mädchen komplett aus. Die Koalition wird ihrem eigenen Anspruch, häusliche Gewalt und Genitalverstümmelung „konsequent“ und „wirksam“ zu bekämpfen, nicht gerecht. Die Realität zeigt: Auch bei diesem Thema hat die Koalition keinen Grund sich selbst auf die Schulter zu klopfen.

Anträge DIE LINKE dieser Sitzungswoche:



"Armut trotz Arbeit - Benachteiligung Alleinerziehender beim Kinderzuschlag beenden"

Drs. 16/9746 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7730621588_1609746.pdf

Nach einhelliger Kritik der Verbände und Gewerkschaften am Gesetzentwurf der Bundesregierung ist der Kinderzuschlag kein wirksames Mittel gegen Kinderarmut: Er ist zu niedrig, erreicht zu wenige Familien, benachteiligt Alleinerziehende und verursacht enorme Verwaltungskosten bei geringem Ertrag (87% Ablehnungsquote).

"Keine Leistungskürzungen bei der Gesetzlichen Unfallversicherung"

Drs. 16/5616 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7793023379_1605616.pdf

Die Reform des Organisationsrechts soll grundsätzlich von der des Leistungsrechts abgekoppelt werden. Auf eine Verschlechterung im Leistungsrecht soll verzichtet, die Anerkennungspraxis bei Berufskrankheiten verbessert werden.

"Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit fortführen"

Drs. 16/9067 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7752997756_1609067.pdf

DIE LINKE stellt sich mit ihrer Forderung nach einer Fortführung der Förderung der Altersteilzeit an die Seite der Gewerkschaften, die um den Erhalt dieses wichtigen und nach wie vor dringend benötigten Instruments zur Gestaltung flexibler Übergänge in die Rente kämpfen.

"Weibliche Genitalverstümmelung verhindern - Menschenrechte durchsetzen"

Drs. 16/4152 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7758550928_1604152.pdf

Weibliche Genitalverstümmelung ist eine schwere Menschenrechtsverletzung. Daher werden umfassende Beratung und Aufklärung, effektive Maßnahmen zur gezielten Unterstützung von Frauen im Asylprozess sowie die generelle Verbesserung der sozialen Situation von bedrohten- bzw. betroffenen Mädchen/Frauen gefordert.

"Anerkennung und Wiedergutmachung der deutschen Kolonialverbrechen im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika"

Drs. 16/4649 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7734524822_1604649.pdf

Die Fraktion unterstützt in dem Antrag die Forderung des namibischen Parlaments nach materieller Wiedergutmachung für den von den deutschen Kolonialtruppen in Deutsch-Südwest verübten Völkermord.

"Medizinische Anwendung von Cannabis zulassen"

Drs. 16/9749 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7779299011_1609749.pdf

Schwerstkranke können von einer Ko-Medikation mit Cannabis profitieren. In Deutschland gibt es bisher nur den Weg der Einzelfallprüfung, bei dem das synthetische Cannabis Dronabinol verordnet werden kann. Wir fordern eine generelle Kostenübernahme und die Wahlmöglichkeit zwischen synthetischen Cannabis und pflanzlichen Marihuana.

"Keine Abschiebungen in die "Republik Kosovo"

Drs. 16/9143 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7722275698_1609143.pdf

Wir wollen mit dem Antrag erreichen, dass auf die Abschiebung von Minderheitenangehörigen und Kriegstraumatisierten verzichtet wird. Stattdessen sollen sie Aufenthaltstitel erhalten, um ihnen eine sichere Perspektive zu geben.

"Effektiven Diskriminierungsschutz verwirklichen"

Drs. 16/9637 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7799378796_1609637.pdf

DIE LINKE steht für konsequenten Schutz gegen Diskriminierung. Das geltende AGG setzt die EU-Richtlinien unzureichend um. Wir fordern auch einen Schutz gegen Diskriminierung aufgrund sozialer Herkunft.

Anträge DIE LINKE dieser Sitzungswoche:

"Versandhandel auf rezeptfreie Arzneimittel begrenzen"

Drs. 16/ 9754 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7718164868_1609754.pdf

DIE LINKE will eine patientennahe, sichere und rasche Arzneimittelversorgung flächendeckend sicherstellen. Die unabhängige und umfassende Beratung in den öffentlichen Apotheken soll weiter ausgebaut.

"Ausverkauf von Krediten an Finanzinvestoren stoppen - Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern stärken"

Drs. 16/8182 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7752978032_1608182.pdf

Schaffung von Rechtssicherheit für Kreditnehmer bei Kreditverkäufen an Finanzinvestoren.

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Arbeitnehmermitbestimmung bei Betriebsänderungen

Drs. 16/7533 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7763580529_1607533.pdf

Stärkung der Mitbestimmung des Betriebsrates bei Betriebsänderungen nach § 111 ff. BetrVG durch Einführung einer echten Mitbestimmung für den Interessenausgleich. Gleichzeitig werden im Aktiengesetz bestimmte Geschäfte an eine Zustimmung des Aufsichtsrates geknüpft.

Entschließungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Schornsteinfegerwesens Drs. 16/9818

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7796526709_1609818.pdf

DIE LINKE fordert u.a., dass die sozialen Errungenschaften im Schornsteinfegerhandwerk wie die Umlagefinanzierung für die Ausbildung oder die Beteiligung der Beschäftigten zu erhalten sind.

"Chance zum Umsteigen jetzt nutzen"

Drs. 16/7542 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7784635650_1607524.pdf

Pendlerinnen und Pendler, die unfreiwillig von den massiv gestiegenen Benzinpreisen betroffen sind, soll ein finanzieller Ausgleich gezahlt werden. Gleichzeitig sollen die Mehrwertsteuereinnahmen der hohen Benzinpreise in den öffentlichen Personenverkehr gelenkt werden.

Entschließungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen (MoRaKG)

Drs: 16/9813 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7723876266_1609813.pdf

Entlarvung der mittelstands- und innovationsfreundlichen Argumentation im GE als Steuerprivilegierung von Private-Equity-Fonds, deren Managern und Besitzern großer Anteile an Kapitalgesellschaften.

„Beschäftigte und Unternehmen vor Ausplünderung durch Finanzinvestoren schützen" Drs.

16/7526 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7762599277_1607526.pdf

DIE LINKE ist gegen eine Übereignung von mittelständischen und jungen, innovativen Unternehmen an Finanzinvestoren und entwickelt deshalb konkrete Handlungsmöglichkeiten vor, wie Finanzinvestoren durch gesetzgeberische Schritte wirksam entgegen getreten werden kann.

Antworten zur letzten Ausgabe zu Initiativen DIE LINKE

Diese liegen leider noch nicht vor. Nach der parlamentarischen Sommerpause, in der nächsten Ausgabe des Bundestagsreportes, sind diese verfügbar bzw. sind auf den Internetseiten der Bundestagsfraktion abrufbar. <http://www.linksfraktion.de>

Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:

<http://www.lothar-bisky.de>



- **ARD und ZDF die digitale Zukunft ermöglichen**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1292154094>



<http://www.dagmar-enkelmann.de>



- **Farbe bekennen bei Sozialtarifen**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1289381087>

<http://www.diana-golze.de>



- **Kinderhilfswerk widerlegt Regierung: Kinderarmut größer als angenommen**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1211093358>
- **LINKE fordert Sonderfonds für Jugendarbeit**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1219840418>
- **Rotstift-Politik in der Jugendhilfe muss beendet werden**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1252693551>

<http://www.wolfgang-neskovic.de/>



- **Häuslebauern droht weiter Ungemach**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1275477763>
- **Privatisierung der Datensicherheit ist fahrlässig**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1214762858>
- **Die Freiheit der Wahl und die Wahl der Freiheit**
<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1398645790>

<http://www.kirsten-tackmann.de>



- **Ursachen weiblicher Genitalverstümmelung bekämpfen - Frauen vor Gewalt schützen**
<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1301392899>

DIE LINKE Sommertour „Auftakt-Presskonferenz“ am 30. Juni 2008, 10 Uhr

im Potsdamer Landtag, Am Havelblick 8, Raum 601



Vor Ort mit Lothar Bisky, Dagmar Enkelmann, Diana Golze, Wolfgang Neskovic und Kirsten Tackmann und der Fraktionsvorsitzenden der Brandenburger Landtagsfraktion Kerstin Kaiser.

Die fünf Bundestagsabgeordneten der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagsfraktion DIE LINKE. werden auch in diesem Jahr wieder gezielt die Bundestagswahlkreise 57, 58, 61, 62 und 65 besuchen. Sie wollen dabei mit politischen Akteuren, mit Vereinen, Verbänden und Initiativen, mit Unternehmen und Institutionen in persönlichen Kontakt kommen.

"Wir wollen die Ergebnisse der parlamentarischen Arbeit der LINKEN präsentieren und über die weiteren Vorhaben der Fraktion diskutieren. Darüber hinaus werden wir gemeinsam mit der Vorsitzenden der LINKEN Landtagsfraktion, Kerstin Kaiser, in der Eröffnungspressekonferenz die Rolle der Brandenburger Landesregierung innerhalb der Bundespolitik kritisch unter die Lupe nehmen."

Die kompletten Tourdaten der Landesgruppe erfahren Sie über die Berliner bzw. Wahlkreisbüros der MdB's .

**News-
letter**

Jetzt **DIE LINKE.**
abonnieren

Den **Bundestagsreport der Landesgruppe Brandenburg**
kostenfrei abonnieren.

Mail an: [kirsten.tackmann.\(at\)bundestag.de](mailto:kirsten.tackmann.(at)bundestag.de)

Der Bundestagsreport erscheint jeden Freitag einer Sitzungswoche!

Parlamentarische Sommerpause

Der nächste Bundestagsreport der Landesgruppe erscheint pünktlich am **19. September.**

Natürlich sind wir trotz der Ferien weiterhin für Sie da. Auch die Bundestagsabgeordneten der Landesgruppe der Fraktion DIE LINKE werden für Sie weiterhin ansprechbar sein.

